

## Untergeordnete aber kriegerische Kolonialpolitik mit Aussicht auf Weltkrieg

Der Bundestag wird absehbar Deutschland heute am Freitag, den 4.12.2015, absichtsvoll in ein dauerhaftes militärisches Engagement in Nah- und Mittelost schicken. Die zeitliche Begrenzung auf ein Jahr ist Feigenblatt. Es wird ein dauerhafter Einsatz werden. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Norbert Röttgen, hat das schon angekündigt. Ein Kriegsziel wird auch gar nicht genannt, außer eben international mitzumischen. Der Politisprech dafür ist „Solidarität mit Frankreich“, und dass Deutschland entsprechend seiner gestiegenen Bedeutung in der Welt Verantwortung übernehmen müsse.

Zu den zweifelhaften Begründungen und den taktischen Überlegungen des so überstürzten Beschlusses haben die Medien genug berichtet. Auf die erste Meldung der Tagesschau hin haben sich viele Zuschauer im Forum zu Wort gemeldet. Ich habe mir deren Stellungnahmen ausgedruckt. Es waren 15 DIN A 4 Seiten. Außer ganz wenigen Äußerungen haben alle den Wahnsinn gegeißelt, der mit dieser Politik betrieben wird. Wahnsinn im Sinne von Einstein, der das so definiert haben soll: Die Person verhält sich wahnsinnig, die immer das Gleiche tut und immer das gleiche Ergebnis erhält, aber erwartet, wenn sie es wieder tut, bekäme sie ein anderes Ergebnis. Darauf brauche ich nicht nochmal einzugehen. Ich möchte andere Gesichtspunkte benennen.

Damit knüpft Deutschland dort an, wo es im Kosovokrieg begonnen hat: Durch Krieg ein dauerhaftes Protektorat zu schaffen. In dem Zusammenhang sollen dann deutsche Truppen auch noch die koloniale Missgeburt Mali auf Dauer erhalten. Auch wenn gegenwärtig abgewehrt wird, die Bundeswehr werde nicht mit Bodentruppen in Syrien eingreifen, so ist doch die Logik die gleiche wie in Afghanistan jetzt erneut, Kosovo und anderswo: Die zusammengebrochenen Staaten, die keine Legitimation bei der Bevölkerung mehr haben, können nur als Protektorat aufrecht erhalten werden. Wer anders als die neuen Kolonialmächte sollen diese Staaten denn erhalten, wenn es die Bevölkerung nicht tut. Das können die nur mit Machtinstrumenten am Boden vor Ort also mit Bodentruppen. Und Deutschland wird, wie schon seit langem von vielen Außenpolitikern gefordert, dann auch „entsprechend seinem gestiegenen Gewicht in der Welt Verantwortung tragen“. D.h. im Klartext: Deutschland wird eine ganz normale imperialistische Macht, die sich an den Kolonialkriegen beteiligt, wenn auch immer im Schlepptau und Abhängigkeit von den westlichen Atommächten, denen sie ihre Kapazitäten zuordnet.

Da Deutschland nicht über Flugzeugträger<sup>1</sup> verfügt, wird Deutschland bei seinen kriegerischen Auslandseinsätzen immer von Stützpunkten und Kapazitäten von Verbündeten abhängig bleiben. In diesem Fall dem Luftwaffen – Flughafen der Türkei, Incirlik, der wesentlich auch von den USA für ihre hegemoniale Politik benutzt wird, wo Deutschland dann nur Untermieter wird. Die Türkei ist offensichtlich kein Rechtsstaat und vertritt nicht die „westlichen Werte“ der Grundrechte für die Bürger und ähnelt Putins Russland

**Neuer Kolonialismus**

**Bindung an zweifelhafte als „Freunde“ bezeichnete Verbündete wie die Türkei.**

<sup>1</sup> Bei Ländern wie Afghanistan, die nicht am Meer liegen, sowieso.

mehr als einem demokratischen Rechtsstaat. Sie ist ein Staat, der schon seit Langem nach Gutdünken und gegen internationales Recht ihre Nachbarstaaten Irak und Syrien mit Militäraktionen überzieht – also praktisch überfällt, ohne Proteste der NATO-Partner. Die Türkei verfolgt völlig andere Ziele als das Selbstbestimmungsrecht der Völker – ja ihr Ziel ist ausdrücklich, das Selbstbestimmungsrecht des Kurdischen Volkes zu unterdrücken. Deutschland könnte also von der Basis Incirlik aus gar keine Politik betreiben, die zu einer Selbstbestimmungsrecht der Völker in Nahost führen würde. Deutschland wird so auch diese Missgeburten von Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches aufrechterhalten, die durch die kolonialen Mächte England und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg in die Welt gesetzt wurden, und deren Beherrschung die USA mit mehreren Interventionen und Kriegen nach dem Zweiten Weltkrieg übernommen haben.

Aber schlimmer noch. Der Einsatz der Bundeswehr dient ungeachtet der aktuell vorgeschobenen Anlässe der Durchsetzung des uneingeschränkten Hegemonieanspruchs der USA in der Welt gegen ihren Widerpart, Russland. Es birgt damit die Gefahr eines anschließenden Weltkrieges. Der jetzt scheinbar gleichgerichtete Krieg von Russland und der Westmächte und ihrer Verbündeten gegen den Daesch in Syrien erinnert an den Deutsch – Dänischen Krieg 1864<sup>2</sup>. Russland nutzt den Schwächling der syrischen Völkerschaften, Assad, um seine Weltmachtrolle zu beweisen und seine Militärstützpunkt am Mittelmeer zu erhalten. Die USA und ihre Verbündeten versuchen seit Langem diesen einzigen Widerpart ihrer Weltherrschaft<sup>3</sup> zu schwächen und möglichst auszuschalten – zuletzt über die Ukraine. Wenn sie jetzt gemeinsam den DAESCH wieder zu einer Untergrundorganisation zurückbomben, bleibt die Frage, wer herrscht dann in den jetzt vom DAESCH beherrschten Gebieten. Es wird zunächst möglicherweise auf ein Kondominium zwischen Russland mit ihrem Statthalter Assad und den von den Westmächten beherrschten Teilen Syriens hinauslaufen, plus einen Streifen für die Türkei, die dort verhindert, dass sich die Kurden selbständig machen. Eine solche Konstruktion wird ebenfalls nicht lange halten und die rivalisierenden Mächte werden übereinander herfallen. Dann haben wir einen neuen Weltkrieg.

Jeder weiß, dass Frankreich („sein Hoheitsgebiet“) nicht vom Ausland, schon gar nicht von ausländischen Truppen, angegriffen worden ist. Es sind vielmehr Bürger Europas Mitglieder von ideologisch zusammengeschweißten Banden geworden, die viele Zivilisten in Paris ermordet haben. Auch die Attentäter z.B. auf das russische Flugzeug im Sinai und in den anderen Ländern waren anscheinend Bürger ihrer Länder und keine ausländischen Kämpfer. Und Russland greift nun ja auch nicht Ägypten an, von wo anscheinend das Attentat auf das Flugzeug mit russischen Touristen verübt wurde. Juristisch ist das z.B. wie Amoklauf, Anzünden eines bewohnten Asylbewerberheimes oder ähnliche Verbrechen zu werten. Genauso wenig können Verbrechen der italienischen Mafia in Deutschland als ein Angriff auf Deutsches Hoheitsgebiet verstan-

**Syrien droht der Konfliktkern für einen neuen Weltkrieg zu werden – nicht gegen DAESCH, sondern Westmächte gegen Russland.**

**Wird jetzt in der Außenpolitik Deutschlands jetzt auch nach dem Motto verfahren: Legal, illegal, scheißegal?**

<sup>2</sup> In ihm besiegten die beiden Großmächte in Mitteleuropa, Österreich – Ungarn und Preußen, in einem vom Deutschen Bund abgelehnten Krieg gemeinsam Dänemark. Danach verwalteten diese beiden Großmächte, die in Deutschland gegensätzliche machtpolitische Ziele verfolgten, die Gebiete Schleswig, Holstein und Lauenburg gemeinsam als Kondominium bis 1866. Danach führten die beiden Kontrahenten Krieg um die Macht in Deutschland. Preußen siegte bekanntlich, löste den Deutschen Bund auf und schuf den Norddeutschen Bund, in dem es der Hegemon war, bis mit dem Deutsch – Französischen Krieg auch noch die Süddeutschen Länder und Sachsen dazu veranlasst werden konnten, ein Deutsches Kaiserreich auszurufen.

<sup>3</sup> in diesem Teil der Welt

den werden und lösen nicht den Bündnisfall aus. Auch der Angriff auf eine Abtreibungsklinik in den USA ist zwar ein Angriff auf die Lebensweise des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen und damit „unserer Lebensweise“, aber kein Angriff auf die USA, sondern eine kriminelle Handlung.

Zwar wird in der Resolution 2249 des UN Sicherheitsrat von den Mitgliedsländern verlangt, alle möglichen Maßnahmen gegen den Daesch zu ergreifen, aber nur im Rahmen der UN Charta. Auf das Recht zur Selbstverteidigung wird nicht eingegangen oder gar verwiesen, was mit Sicherheit geschehen wäre, wenn der Sicherheitsrat sich darüber einig gewesen wäre. Die Einlassung VR Chinas dazu zeigt deutlich, dass diese Vetomacht dazu nicht bereit gewesen wäre. Insofern nennt der Sicherheitsrat die Bedrohung durch Daesch nicht als kriegerischen Angriff und legitimiert ein militärisches Eingreifen nicht – zumal er extra auf die Austrocknung der Finanzquellen als notwendige Maßnahme hinweist. In diesem Falle ist der Ausfall des Hinweises auf kriegerische Mittel der Selbstverteidigung ein Hinweis, dass die gerade nicht durch die UNO und ihren Sicherheitsrat gedeckt sind. Da die für Syrien noch immer legale Regierung das Assad Regime nicht um Waffenhilfe durch die Westmächte gebeten hat, wird auch Deutschland wie die Westmächte aber anders als Russland, ohne Legalität sich an einem Krieg gegen fremdes Territorium beteiligen. Insofern verstrickt sich Deutschland erneut in einen Angriffskrieg.

**Ergebnis: Angriffskrieg**